

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener General-Anzeiger

amtliches Organ der Gemeinden Auringen, Breidenheim, Flörsheim, Frauenstein, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau.

Bezugspreise: Durch Zeitungsvermittler und Bestellungen (ohne Postgebühren) monatlich 0,70 M., vierteljährlich 2,10 M., halbjährlich 4,20 M., jährlich 8,40 M. (Postgebühren extra).
Durch die Post bezogen (ohne Postgebühren) monatlich 0,80 M., vierteljährlich 2,40 M., halbjährlich 4,80 M., jährlich 9,60 M. (Postgebühren extra).
Die Wiesbadener Neuesten Nachrichten erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.



Anzeigenpreise: Die einseitige Stadtbl. Wiesbaden Deutschland Ausland
Zeile oder deren Raum 100 200 300 400
Im Monat 10 20 30 40
Im Vierteljahr 25 50 75 100
Im halben Jahr 45 90 135 180
Im Jahr 80 160 240 320
Bei Wiederholung nach Maßgabe der Zeit. Bei besonderer Werthung der Anzeigen durch Lage und bei Anzeigenverträgen wird der jeweilige Preis festgesetzt.

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Nikolausstr. 11. Fernspr.: Nr. 5915, 5916, 5917.

Giliale I Mauriliusstr. 12, Fernspr. Nr. 2054; Giliale II Bismarckring 29, Fernspr. Nr. 2055.

Sehr Honorable der Wiesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 1000 Mark gegen Tod durch Unfall, jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die hiesigen Wochenblätter „Kochbrunnengeister“ (Ausgabe B) bezieht, insgesamt mit 1000 Mark auf den Todes- und Invaliditätsfall infolge Unfall bei der hiesigen Lebensversicherung „Wiesbadener“ versichert. Bei vorübergehenden Abwesenheiten der „Kochbrunnengeister“ gilt dies unter den gleichen Bedingungen auch für die Ehefrau.

Wenn Mann und Frau versichert sind, kommen je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung. Jeder Unfall ist binnen einer Woche der hiesigen Lebensversicherung „Wiesbadener“ anzuzeigen, der Versicherungsnehmer hat sich innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall im hiesigen Versicherungsamt zu melden. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Auszahlung gebracht werden. Ueber die Voraussetzungen der Versicherung geben die Versicherungsbedingungen Aufschluss.

Nummer 16

Freitag, den 19. Januar 1917.

32. Jahrgang

Was „die Männer in Kafhi“ sprechen.

Die Zusammenkünfte in Berlin. — Von Briand wird Rechenschaft gefordert. — Wilson weiter für den Frieden.

Die Schuld am Weltkriege.

Von Graf Hue de Sais, Regierungspräsident a. D.

Unsere Gegner werden nicht müde, immer wieder zu behaupten, daß wir den Weltkrieg heraufbeschworen hätten. Immer von neuem, so auch in ihrer Antwort auf unseren Friedensvorschlag, legen sie die schwere Verantwortung, die sie durch ihr frevelhaftes Vorgehen auf sich geladen haben, auf uns abzuwälzen, um die Angehörigen ihrer Länder und der neutralen Staaten über den wahren Sachverhalt hinwegzuführen. Wenn wir auch hoffen dürfen, daß die Wahrheit sich allmählich durchdringen wird, muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Behauptungen unserer Gegner mit den offenkundigen Tatsachen in schroffem Widerspruch stehen.

Wenn das Deutsche Reich seine jetzigen Gegner hätte bekriegen wollen, so hätte es dazu die beste Gelegenheit in der Welt gehabt, wo deren Kräfte anderweit in Anspruch genommen waren, wo Rußland mit Japan, England mit den Türken und Frankreich mit Marokko im Kampfe lag. Keine dieser Gelegenheiten hat das Reich benutzt; nicht hat es seinen jetzigen Feinden gegenüber wohlwollende Neutralität beobachtet. Dafür soll es jetzt den denkbar ungünstigsten Augenblick, in dem alle diese Mächte mit voller Macht ihm gegenüberstanden, zum Beginn des Krieges benutzt haben!

Beim Ausbruch des Krieges waren unsere Kriegs- und Handelsflotte in größerer Zahl fern von den Heimat Häfen. Nach Lage der Seemachtverhältnisse waren diese reitungslos verloren. Auch in unseren Schutzgebieten fehlte es mehrfach an umfassenderen Vorkehrungen zur Verteidigung, so daß die größtenteils eine Beute des Feindes geworden sind. Endlich hätten auch die eigenen Vorräte, auf deren Einfuhr Deutschland sich angewiesen sah, in größerem Umfang beschützt werden müssen, als es tatsächlich geschah. Deutschland hat sogar noch kurz vor dem Kriegsausbruch Getreide ausgeführt. Hätte es einen Krieg beabsichtigt, so würde es unbedingt auf allen diesen Gebieten ganz anders vorgegangen sein, als es dieses getan hat. Dem Deutschen Reich fehlt aber auch jeder Anlaß zum Kriege. Um solchen zu finden, verfabren unsere Gegner nach den Worten des Propheten im Apos:

Denn eben, wo Begriffe fehlen.

Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

Dieses Wort ist für sie der Militarismus geworden. Ihn wollen sie mit aller Macht bekämpfen. Mit Vorliebe bezeichnen sie ihn als „preussischen“, obwohl ihnen fortwährend „schlagende“ Beweise dafür gegeben werden, daß ihnen ein einheitliches und fest geschlossenes deutsches Heer gegenübersteht. Welche Bedeutung sie diesem Worte beilegen, ist nicht ganz klar. Wenn sie unsere allgemeine Befürchtung darunter verstehen, so haben sie selbst uns diese andernorts nachgemacht. Wenn sie auf die starke Rüstung hinweisen, so haben Frankreich und Rußland weit stärker gerüstet als wir. Wenn sie aber Eroberungsstrebungen aus unserer Richtung herleiten, so steht auch dieses mit der Tatsache im vollen Widerspruch. Das Deutsche Reich steht im Osten und Westen einer fortwährenden schweren Bedrohung durch seine Nachbarn gegenüber. Frankreich war seit Jahrhunderten von den Raubzügen Ludwigs XIV. und den Eroberungskriegen Napoleons I. an bis zu den Kriegen von 1870 und von heute stets darauf bedacht, in dem acclamierten Augenblicke über uns herzufallen, und auch Rußland hat uns wiederholt ernsthaft bedroht. Die Auffassung eines starken Heeres ist deshalb kein auf Eroberungen ausgehender Militarismus, sondern ein einfaches Gebot der Selbstverteidigung. Nicht eine einzige Tatsache kann dafür angeführt werden, daß wir damit auf Eroberungen ausgegangen seien, nicht ein einziger Land kann bezeichnet werden, auf das wir unsere Eroberung hätten richten wollen. Weder in Wort noch in Tat haben wir zu solcher Annahme irgendwelchen Anlaß gegeben.

Gerade das Gegenteil gilt von unseren Gegnern. Diese haben aus ihren Eroberungsabsichten, Rußland auf Konstantinopel, Frankreich auf Elsass-Lothringen, Italien auf Trient und Äthiopien nie ein Hehl gemacht. Sie haben auch, während wir nahezu 45 Jahre hindurch stets für den Frieden eintreten und diesen bewahrt haben, tatsächlich die Bahn der Eroberung beschritten. England gegen die Türken und Ägypten, Frankreich gegen Tunis und Marokko, Italien gegen Tripolis, Rußland und England gemeinsam gegen Persien. So sehen sie sich nicht, und das vorzuerkennen, was sie selbst fortgesetzt tun, und ihre Beweggründe uns unterzujubeln. Dazu kommen die zahlreichen Tatsachen, die nachweisen, daß unsere Feinde das gemeinsame Vorgehen uns (die Einkreisung Deutschlands) von langer Zeit her vorbereitet hatten, daß — wie die aufgefundenen Berichte des belagerten Ostens in Berlin unwiderleglich ergeben — die belagerte Neutralität, deren Verletzung England als Kriegsgrund vorschützt, von diesen selbst längst verletzt war und schon für uns gar nicht mehr bestand.

Alle diese Umstände können nicht hart genug hervorgehoben und nicht oft genug wiederholt werden, da unsere Gegner eifrig bemüht sind, sie in Vergessenheit geraten zu lassen. Nur hierdurch kann es gelingen, deren planmäßige Deuschelerei offenzulegen und das Völkergewebe zu zerreissen, mit dem sie die Wahrheit zu verschleiern suchen.

Friedenssehnsucht britischer Soldaten.

Aus einem Briefe von der Front.

Rotterdam, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Der „Nieuwe Rotterd. Cour.“ zitiert einen Brief von einem britischen Soldaten an der Front, der in der englischen nationalitischen Wochenschrift von Kavadi „The Interpreter“ vom 16. November (also vor der deutschen Friedensaktion) veröffentlicht ist. In diesem Brief steht unter anderem:

„In wenigen Wochen werden alle von Euch, die genug Phantasie besitzen, um die riesengroße Tragödie, die sich jetzt abspielt, zu begreifen. Gelegenheiten haben, für den Frieden zu stimmen. Die folgenden Zeilen sind in der Hoffnung geschrieben, daß sie ein wenig dazu beitragen werden. Ich habe hauptsächlich mit Tausenden von Soldaten in Dugenden von Regimenten gesprochen, mit Männern aus Frankreich, Ägypten, von den Dardanellen, von Ostasien, und ich habe nicht einen unter hundert gefunden, der haben wollte, daß der Krieg fort dauere. Wenn die Regierungen hören könnten, was die Männer in Kafhi unter sich sprechen, würden sie aus ihrer Gemütsruhe aufgeschreckt werden. Nur die Hoffnung hat vorläufig noch eine mächtige Bewegung zurückgehalten. Seit entfernt davon, die Deutschen zu hassen, spricht niemand unfreundlich über sie. Wir scheinen alle von ein und derselben schrecklichen Maschine erfasst zu sein, deren Lauf niemand Einhalt tun kann oder darf. Der Krieg, der jetzt wütet, ist nichts als ein blindes Toben von Menschen in der Hoffnung, daß eine der beiden Parteien geschwächt werden wird. Am allgemeinsten ist die Lage so, daß der Krieg fort dauere, weil keine Regierung den stillen Mut hat, den ersten Schritt zur Erreichung eines Waffenstillstandes oder des Friedens zu tun. (Dies wurde, wie schon angegeben, vor dem deutschen Friedensangebot geschrieben) Jede Regierung glaubt, daß ihr guter Ruf davon abhängt, wer am längsten das Predigen kann. Ich weiß, daß das Publikum die Menschen, die um Frieden rufen, verleugnet, aber ihnen im Grunde sehr dankbar sein würde. Es wird der Ruf laut: Wie laien noch? Kann und niemand helfen?“

Die Wochenschrift bemerkt dazu, daß Kavadi Simpson, ein Neuseeländer, der verwundet nach Südafrika zurückgekehrt sei, daselbst gesagt habe, wie der Briefschreiber und damit die Entrüstung des Bürgermeisters von Johannesburg hervorgerufen habe, deselben Mannes, der den König von Swasiland gefangen habe, warum er, ein so schneller Krieger nicht an der Front sei. Dagegen habe der australische Bischof von Kimberley öffentlich in einem persönlichen Tone über die Deutschen zu sprechen gewagt.

Die bevorstehende „ernste Zeit“.

Kristiania, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Bei dem Festessen für das neu zusammengetretene Storting sagte der König:

„Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß die ernste Zeit uns noch bevor steht. Obwohl die verantwortlichen Männer sich eifrig bestreben, strenge Neutralität zu beobachten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen, was die Lage erschwert. Aber ich will die innige Hoffnung ausdrücken, daß es gelingen möge, das Land auch fernher von außerhalb der Schrecken des Krieges zu halten, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewußt sind.“

Der Hafen von Genua geister.

Wien, 19. Jan. (Eig. Tel., ab.)

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet: Die verlaute, in der Hafen von Genua für jeden Privatverkehr gesperrt worden. Man bringt diese Maßregel in Zusammenhang mit bedeutenden Truppenverschiebungen, die von den Alliierten auf der Konferenz in Rom beschlossen wurden.

Französische Flugzeuge zusammengestoßen.

Bern, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Der „Temps“ meldet, daß zwei Militärflugzeuge bei Tours zusammengestoßen sind und daß der Flugzeugführer Rottin getötet wurde. Die drei anderen Piloten wurden schwer verletzt.

Ein neuer Vorstoß gegen das Kabinett Briand.

Bern, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Quonier Blättermeldungen zufolge erklärten die neugebildeten Kammer- und Senatsgruppen für die nationale Aktion in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung, die Regierung habe sich der ihr auferlegenden Verantwortunglosigkeit betrüßlich der militärischen Unternehmungen in Mazedonien entzogen, indem sie diese am 2. Dezember 1915 dem Oberkommando unterstellt habe, das der Expedition grundsätzlich feindlich gegenübergestanden sei. Verstärkungen und Material seien daher stets nur verspart und widerwillig abgeliefert worden. Briand habe später diesen Fehler vor der Kammer eingestanden, sich jedoch geweigert, ihn wieder gut zu machen. Erst als eine Ministerkrise drohte, habe er durch einen Erlass vom 22. Dezember 1916, wodurch das Expeditionskorps direkt dem Kriegsministerium unterstellt wurde, Abhilfe geschaffen. Die Diplomatie Briands gegenüber Griechenland sei eine Reihe halber Maßnahmen gewesen, die die traurigen Dezember-Ereignisse zur Folge gehabt hätten. Die Lage der Orientarmee und in Griechenland machten es dem Senat und der Kammer zur Pflicht, vor der Regierung Rechenschaft über die bisherige Handlungsweise und über ihre Absichten für die Zukunft einzufordern. Dieselben Gruppen verlangen ferner die Bildung eines interalliierten Bureau für Flugwesen, damit den hier bestehenden großen Mängeln abgeholfen werden könne. — Der Abgeordnete Ferri wird voraussichtlich am Freitag die Regierung über die Ereignisse in Griechenland interpellieren.

Paris, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten ist von Briand benachrichtigt worden, er werde dem Beauftragten des Auswärtigen, Garat, die erbetenen Schriftstücke über die Ereignisse in Griechenland vorlegen, unter dem Vorbehalt, daß geheime und andere Mängel interessierende Schriftstücke nicht bekanntgegeben würden.

Die Parlamentspräsidenten der Verbündeten in Berlin.

Berlin, 19. Jan. (Wolff-Tele.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Am Freitag treffen in Berlin die Präsidenten der Volksvertretungen der mit uns verbündeten Mächte ein. Sie leisten einer Einladung des Reichstagspräsidenten Kamps Folge, um in persönlichem Zusammensein einander näherzutreten. Eine Reihe gegenseitiger Parlamentsbesuche ist vorgesehen. Zum erstenmal aber treffen jetzt die Präsidenten aller Parlamente in Berlin zusammen. In einmündiger Weise spricht sich darin das nahe und herzliche Verhältnis aus, das zwischen den Völkern unseres Bundes besteht, und durch den Krieg zu unverbrüchlicher Festigkeit geschmiedet worden ist. Mit der Reichshauptstadt heißen wir die Gäste des Reichstagspräsidenten herzlich willkommen. Die türkische Kammer wird durch ihren Präsidenten Habis Adil bei dieser Zusammenkunft vertreten; aus Sofia kommt der Präsident der Sobranje, aus Budapest in Vertretung des erkrankten Präsidenten der zweite Vizepräsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Elemér Simonits. In Wien schlägt sich der Herr der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Sylvester, an.

Herrn Balfour ins Stammbuch.

Die Antwort der Alliierten auf Präsident Wilsons Friedensnote wird durch die Mitteilung Balfours an die Baskingtoner Regierung ergänzt. (Bergl. die umseitig abgedruckte Meldung aus London.) Es lohnt sich eigentlich nicht, auf diese neueste Gesichtsfälschung des britischen Auswärtigen Amtes noch näher einzugehen; die Angriffe auf das Deutsche Reich hängt man am besten „niedriger“, nach dem bewährten Rezept Friedrichs des Großen. Aber auf diejenigen Teile der Erklärungen von Downing Street, die sich mit der heutigen Stellung der Türkei befassen, ist ein Wort der Erwiderung nur allzu naheliegend; England hat nämlich Jahrzehnte hindurch seine Rolle als erster Freund und Beschützer der Osmanen mit großem Ernst gespielt und entsprechend gehandelt. Wiederholt hat es seinem heutigen Verbündeten, Rußland, das bekannte „hands off“ angerufen. Und heute will dasselbe England die Welt glauben machen, das Dasein der Türkei sei eine Bedrohung für den Frieden Europas? Jedermann merkt den Grund der Sinnesänderung: die heutige Türkei, als Freund Deutschlands nicht mehr der „Kranke Mann“, ist vernichtet werden!

Amtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An eine englische Sprengung bei Zoss schlossen sich kurze Kämpfe an, bei denen vorgedrängener Feind in erbittertem Nahkampf schnell wieder zurückgeworfen wurde.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar wurden nach den Kämpfen bei Zerre die noch von uns gehaltenen Teile der Fortstellung planmäßig und unbehindert vom Feind geräumt. Seitdem lag täglich schweres Feuer auf den verlassenen leeren Gräben. Schern erfolgte hiergegen der von uns erwartete englische Vorstoß, welcher dem Angreifer schwere Verluste brachte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Prinzen Leopold von Bayern: In vielen Abschnitten der Front lebte die beiderseitige Artilleriekämpfe bei klarer Sicht merklich auf.

Nördlich Krashin drangen russische Stoßtrupps mit zehnfacher Hebermacht in eine vorgehobene Feldwache ein. Die Feldwache ist wieder in unserem Besitz.

An anderen Stellen wurden Jagdkommandos und Patrouillen abgemien.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef. Während südlich der Ditschstraße ein von starken russischen Kräften unternommener Angriff in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammenbrach, gelang es uns durch überraschenden Vorstoß, zwischen Salska und Putnial 1 Offizier, 20 Mann und 1 Maschinengewehr aus den feindlichen Stellungen zu holen.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. In der Dobrudschka werden seit einigen Tagen Tulcea und Naevea von russischer Artillerie beschossen. Mehrere Einwohner, vor allem Frauen und Kinder, sind getötet.

Mazedonische Front. Vereinzelt geringe Gefechtsaktivität.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers.

Berlin, 18. Jan. (Amtlich.)

An der West- und Ostfront ist der Tag ohne besondere Kampfhandlungen verlaufen.

Amtlicher österr.-ung. Tagesbericht.

Wien, 18. Jan. (Wolff-Tele.)

Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen: Tulcea und Naevea in der Dobrudschka wurden von russischer Artillerie beschossen.

Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef: Zwischen dem Putnial und Salska hatte eine kleinere Unternehmung vollen Erfolg. 1 Offizier, 20 Mann und ein Maschinengewehr wurden eingebracht. Südlich der Ditschstraße brachen härtere russische Angriffe in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: In Wolynien erlitt feindliche Artilleriekämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthochfläche und im Wippachtale hielt auch gestern härteres Artilleriefeuer an.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Für das polnische Heer nur Freiwillige.

Berlin, 18. Jan. (Wolff-Tele.)

Unter den in Deutschland sich aufhaltenden, im Königreich Polen heimatischen polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Seeresdienste beabsichtigt ist. Eine solche Absicht besteht nicht. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß sich das polnische Heer nur aus freiwilligen ergänzt. Alle Gerüchte über eine zwangsweise Einziehung beruhen auf Erfindung oder böswilligen Auslegungen.

Russisches Angebot an Bulgarien.

Karlsruhe, 18. Jan. (T.-U.-Tele.)

Somit dem Moskauer „Izwestia“ hat die russische Regierung Bulgarien zu verstehen gegeben, daß Bulgarien wäre bereit, Bulgarien Gebietsangehörigkeiten in Mazedonien und in der Dobrudschka im Falle eines Sonderfriedens mit dem Bivervorband zu gewähren. Bislang seien aber alle Versuche in dieser Richtung erfolglos gewesen. Auch gegenüber der Türkei sollen von der russischen Regierung ähnliche Schritte unternommen werden.

Wieder ein neuer Minister.

Petersburg, 18. Jan. (Wolff-Tele.)

General Beliaeff, ehemaliger Gehilfe des Kriegsministers und Chef des Generalstabes, wurde zum Kriegsminister ernannt anstelle von General Schuchoweff, der zum Reichsratsmitglied ernannt worden ist. Der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Innern, Fürsten Wolkowski, des ehemaligen Vizepräsidenten der Duma, ist bewilligt worden. — Der ehemalige Kabinetsminister und Mitglied des Reichsrates Dermoloff ist gestorben.

Enttüllungen über das rumänische Heerwesen.

Ein rumänischer Rührer, Angehöriger einer hohen rumänischen Offiziersfamilie, hat als Kriegsgefangener bemerkenswerte Bände des rumänischen Heerwesens enttüllt, die von dem fiktionalen Verfall der Armeeverwaltung und des Offiziersgeistes zeugen. Er erzählt: „Es fehlte nicht an Männern, die auf diese Verwilderung hinwiesen. Aber es lagte Juni 1916 in einer Sitzung der Armeeinspektion: Ein Land, das mit dem inneren Feind, dem Schwindelgeist, nicht fertig werden könne, dürfe gar nicht daran denken, sich nach außen zu wenden. Das politische Wesen des Generalstabes sei ein Wesen, das nach einer Erweiterung nach russischen Vorbildern. Ein Beispiel für viele: Mieser veranlaßte an die Schutzwaffenfabrik Vaskow in Borscha im Spätherbst 1915 eine Lieferung von 150 000 Paar Schnürschuhen. Die Schuhe wurden

ohne die vorgeschriebenen Lederschnüre geliefert und auch angenommen. Für jedes Paar Schnüre wurden 10 Paar gleich 8 Pfennig abgesetzt. Nach 3 Wochen wurde die Lieferung von 150 000 Paar Schnürschuhen an dieselbe Firma zum Preise von 75 Paar gleich 90 Pfennig vergeben. Die Schnüre enthielten sich in der „Epoca“ über Unterschleife im Reich des Russen. Dieser aber rechtfertigte das Geschäft mit Dringlichkeit des Bedarfs und Ledermangel. Gewinn: 97 500 Lei.

Die großen Vorbilder weckten Racheferne bei den kleineren. Mitmeister Stauden ein berühmter Kartenspieler, verlegte sich auf den Sport der Wühnsvorstellung. Während seiner Wühnsvorstellung im Januar 1916 fing die Geste an zu wahren. Der Mitmeister ließ die Schwadron antreten, und nach allgemeiner Auspeitschung herrschte er sie in fittlicher Entrüstung an: „Ich habe eure Wühnungen natürlich aufgepaßt und versucht, sie an der Börse zu verdoppeln. Geld von Börsenwärttern hat aber kein Glück. Auch diesmal habe ich Schneebälle verloren“, machte lehrte und ging sporenflürend ab. Derselbe Herr wachte auch seine Offiziere zu schreien. Im Einvernehmen mit dem Mitmeister wachte er den Jagdführer fortgesetzt ungeschickter, die hässliche Vermögensabnahme nachzuweisen. Bezahle der angeschuldete Offizier nicht, so wurde er dem Kommandanten, Oberleutnant Jernick, einem der geriebensten Ausplünderer, gemeldet. Folge: Bestrafung für unachtsames Umgehen mit Staatsvermögen und Erlass des Schadens im Wege von Gehaltsabzügen. Auch der Kriegssold wurde zum größten Teil nicht gezahlt. Nur die „Günstlinge“ wurden ordnungsmäßig gelöhnt, dafür aber im Spiel faul gerupft.

Schon auf den Kaufmännischen wurden die Mannschaften nicht mit warmer Kost versehen. Die Dabiger der Führer verwies sie auf Requirieren und füllte sich selbst die Taschen. Auf dem Rückzuge von Liebenbrunn ließ der Kommandant des 6. Jägerregiments den ganzen Verpflegungspart an Wädhire und Händler verkaufen. Die Pferde wurden im nächsten Dorfe vor requirierter Vagen anspannt und der Materialverlust mit feindlichem Beutefang verdeckt. Gleich bei Kriegsbeginn fehlten allwärts Strümpfe, Schnürschuhen und besonders Staheldrath. Am 10. und 11. Jansanterie-Regiment und das 10. und 2. Feldartillerie-Regiment wurden Schuhe mit Pappschuhen geliefert. Die Stimmung der mit Jubel eingerückten Reservisten laut unter diesen Umständen täglich tiefer.

Die Entente an die Neutralen.

Paris, 18. Jan. (Wolff-Tele.)

Meldung der Agence Havas: Ministerpräsident Briand überreichte den Gesandten der Schweiz, Schweden, Dänemark und Norwegen die Antwort der Regierungen der Alliierten auf die Mitteilungen, die die Schweiz am 22. Dezember und die skandinavischen Länder am 2. Dezember an sie richteten, um sich dem Entschlossen Willens zu Gunsten des Friedens anzuschließen. Folgendes ist der Wortlaut der Alliierten an die Schweiz:

Die Regierungen der Alliierten haben die Note vom 22. Dezember erhalten, durch welche die Bundesregierung unter Bezugnahme auf die am 18. Dezember von Wilson an die Kriegführenden Mächte gerichteten Note den Wunsch äußert, bei diesen die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterstützen und, in ihrem Bunde, den Frieden wiederherzustellen zu sehen, sich bereit erklärte, an einer Annäherung der im Kriege befindlichen Staaten zu arbeiten und die Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu legen. Die ganze Welt kennt die Bemühungen, denen die Schweiz in hochherziger Weise sich unterzogen hat, um die Leiden der Internierten, schwer Verwundeten und Evakuierten zu erleichtern, denen ohne Unterlaß hingebende Sorgfalt angewidmet wurde. Daher sollen die Regierungen der Alliierten den Gefühlen und Absichten, von welchen die Mitteilung der Bundesregierung zeugt, ihre Dankbarkeit. Ihre Haltung wurde klar dargelegt in der Antwort, die sie an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Da die Bundesregierung sich auf die amerikanischen Vorschläge berufen hat, haben die Regierungen der Alliierten die Ehre, hier befolgend den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie wird in dieser Schrift, dem die Note der belarischen Regierung beigelegt ist, die Darlegung der Gründe finden, aus denen die Regierungen der Alliierten an lauben, daß es ihnen nicht möglich ist, dem Bünden zu entsprechen, denen die Schweiz sich angeschlossen hat.

Eine englische Wahnsinnseppistel.

Was die Alliierten an Wilson erwidern.

London, 18. Jan. (Wolff-Tele.)

Der Staatssekretär des Äußern Balfour hat an den britischen Botschafter in Washington folgende Depesche geschickt, die der Regierung der Vereinigten Staaten am 16. Januar übermittelt wurde:

Indem ich Ihnen die Uebersetzung der Note der Alliierten überleide, möchte ich folgende Bemerkungen machen, die Sie zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen haben: Ich entnehme aus dem allgemeinen Gedankengang der Note des Präsidenten, daß er, während er von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, daß der Friede bald kommt, und daß er, wenn er kommt, dauerhaft sei, sich für den Augenblick wenigstens mit den Bedingungen befaßt, unter welchen er anstands gebracht werden soll. Seiner Majestät Regierung teilt völlig die Ideale des Präsidenten, hat aber das starke Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens in weitem Maße von seinem Charakter abhängen muß und daß kein dauerhaftes System internationaler Beziehungen auf Grundlagen errichtet werden kann, die tatsächlich hoffnungslos und mangelhaft sind. Dies tritt klar auf, wenn wir die Hauptumstände betrachten, die das Unheil erbracht haben, unter welchem die Welt jetzt leidet. Diese bestanden in dem Vorhandensein einer Großmacht, die von Herrschbegierde verzehrt und inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlecht vorbereitet waren, zwar in reichem Maße unterstützt durch internationale Gesetze, aber durch seine Machinerie, um sie durchzusetzen und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten noch ihre innere Verfassung mit den Bestimmungen ihrer einzelnen Pakten übereinstimmten oder ihnen eine gerechte und billige Behandlung sicherten. Das ist der letzte Uebel, der das Unheil brachte, wenn die Alliierten die in ihrer gemeinschaftlichen Note entworfenen Veränderungen in der Karte Europas durchsetzen könnten, ist offenbar, und ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen. Es ist tatsächlich einzuwenden, daß die Austreibung der Türkei aus Europa keinen eigentlichen oder logischen Teil in diesem allgemeinen Plan bildet. Die Erhaltung des türkischen Reiches wurde viele Menschenalter hindurch von einem Staatsmann von Welt als wesentlich für die Erhaltung des europäischen Friedens betrachtet. Deshalb, so wird gefragt, wird jetzt die Friedensfrage mit dem vollkommenen Unsturz dieser Ueberlieferung gemäßen Politik in Verbindung gebracht? Die Antwort darauf lautet: Weil die Umstände sich

völlig geändert haben. Es ist unnötig, jetzt in Erwägung zu ziehen, ob die Schaffung einer reformierten Türkei, die zwischen den feindlichen Rassen des nahen Orients vermittelt ein Plan war, welcher niemals ausgeführt werden konnte, als der Sultan aufrichtig war und die Mächte geeint waren. Sicher ist, daß er jetzt nicht ausgeführt werden kann. Die Türkei der Einheit und des Fortschritts ist mindestens ebenso barbarisch und viel aggressiver als die Türkei des Sultans Abdul Hamid. In den Händen Deutschlands hat sie deshalb offenbar aufgehört, ein Bollwerk des Friedens zu sein und sie wird offen als ein Verhängnis der Eroberung benutzt. Unter deutschen Offizieren kämpfen jetzt türkische Soldaten in Ländern, aus denen sie lange vertrieben waren, und die türkische Regierung, die von Deutschland beauftragt und mit allen Mitteln unterstützt wird, ließ sich Messen in Armenien und Syrien zuschanden kommen, wie sie so schrecklich selbst die Geschichte dieser unglücklichen Länder nicht aufzuweisen hat.

Es ist augenfällig, daß solche territorialen Wiederherstellungen, wenn sie auch die Gelegenheiten zum Kriege vermindern können, keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten, wenn Deutschland oder vielmehr diejenigen Kräfte in Deutschland, die seine öffentliche Meinung bilden, seine Geschichte beherrschen und sich wiederum vorsetzen, die Welt zu beherrschen. Sie werden weiter große Vorräte militärischer Ausrüstungsgegenstände anhäufen und weiter ihre Angriffsmethoden vervollkommen, sobald ihre friedlichen Nachbarn niedergeschlagen werden können, bevor sie sich selbst zur Verteidigung vorzubereiten vermögen.

Wenn in dieser Weise Europa, sobald der Krieg vorbei ist, weit ärmer an Leben, Geld und gegenseitigem guten Willen ist, als es zurzeit des Beginnes des Krieges war, trotzdem aber sich nicht in größerer Sicherheit befinden wird, dann werden die Zukunftshoffnungen für die Welt, die der Präsident hegt, ihrer Erfüllung ferner als jemals sein. Sind Menschen vorhanden, welche glauben, daß internationale Verträge und Gesetze für diese traurigen Zustände hinreichende Vorseorge zu treffen vermögen? Aber solche Personen haben die Lehren schlecht begriffen, die von den neuesten Geschichte so klar aufgezeigt worden sind. Während die anderen Nationen, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, danach streben, durch Schiedsgerichtsverträge die Sicherheit zu gewinnen, daß keine Aussicht auf Streit den Frieden stören könne, den sie dauernd zu erhalten wünschten, hand Deutschland abseits. Seine Geschichtsschreiber und Philosophen predigten den Glanz des Krieges, Macht wurde als der wahre Zweck des Staates proklamiert. Der Generalkrieg schmiedete mit einer unermüdlichen Anstrengung die Waffen, mit welchen im geeigneten Augenblick der Machtgedanke vollendet werden sollte. Diese Tatsachen haben klar genug bewiesen, daß Vertragsabschlüsse zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht dazu angetan waren, viel Gerechtigkeit in Berlin zu finden. Diese Tatsachen liegen darauf schienen, daß derartige, einzeln abgeschlossene Verträge schließlich unwirksam werden könnten.

Das sprang erst in die Augen, als der Krieg ausbrach, aber dann war die Beweisführung dafür allerdings überwältigend. Solange Deutschland das Deutschland bleibt, das ohne einen Schatten von Berechtigung in barbarischer Weise ein Land überrannte und mißhandelte, zu dessen Verteidigung es verpflichtet war, kann kein Staat seine Rechte als genügend ansehen, wenn er keinen besseren Schutz für sie besitzt als einen feierlichen Vertrag.

Und somit die entweder durch die britische Flotte oder durch ihre eigene vor den deutschen Armeen glücklicherweise geschützten Völker sich trotzdem vor den deutschen Methoden nicht sicher glauben sollten, weitestente das Unterseeboot innerhalb seines Wirkungsbereiches bedrohlich mit den barbarischen Praktiken der Schwerkraft. Die Kriegsschiffe der Zentralmächte sind es schließlich zufrieden, die Welt in Schreden zu versetzen, wenn sie sie nur auf diese Weise ihrer Schreckensherrschaft unterwerfen können. Wenn dann die Mittelmächte erfolgreich sind, so werden sie den deutschen Methoden ihren Erfolg verdanken.

Wie kann irgend eine Reform der internationalen Beziehungen auf einen solchen Frieden bearbeitet werden? Ein solcher Friede würde den Triumph alles dessen bedeuten, was den Krieg gewiß und was ihn brutal macht. Es würde die Unzulänglichkeit aller der Mittel beweisen, auf die die Zivilisation baut, um Gelegenheiten für internationale Streitigkeiten, sowie deren Grausamkeit zu beseitigen. Deutschland und Österreich-Ungarn machten den gegenwärtigen Krieg unermesslich, indem sie die Rechte eines kleinen Staates anstießen, und sie erzielten ihre anfänglichen Triumphe, indem sie die das Gebiet eines anderen schützenden Verträge verletzten. Werden kleine Staaten in ihnen ihre Beschützer für Vertikale erblicken können, die von ihnen als Schutz gegen Angriffe abgeschrieben worden sind? Terrorismus an Lande und zur See wird steigen, da er sich als Mittel zum Siege erwiesen hat. Werden ihn die Sieger aufgeben auf einen Anstoß der Neutralen? Wenn bestehende Verträge nicht mehr sind, als Rechen Papier, können und dann neue Verträge helfen? Wenn die Verletzung der arumbelagerten Regeln des Völkerrechts von Erfolg gekrönt ist, werden die versammelten Nationen nicht umsonst daran arbeiten diese Verträge zu verbessern? Niemand wird von ihren Bestimmungen Nutzen haben, als die Verbrecher, die sie verletzen. Die, die sie halten, werden unter den Paragrafen leiden.

Daher kann das erste große Volk, obwohl es den Wunsch des Präsidenten nach Frieden vollst. nicht glauben, daß der Frieden dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolge der Sache der Alliierten gear. det ist. Denn ein dauerhafter Friede kann kaum erwartet werden, wenn nicht drei Bedingungen erfüllt sind:

1. daß die bestehenden Ursachen internationaler Unruhen soweit wie möglich entfernt und geschwächt werden sollen;
2. daß die Anarchismus und die bedenklichen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten;
3. daß hinter allen verfassungsmäßigen Abkommen zur Beseitigung oder Beendigung von Feindschaften irgend eine Form internationaler Fühne steht, welche dem künftigen Angreifer Einhalt gebietet.

Diese Bedingungen müssen schwer zu erfüllen sein. Aber wir glauben, daß sie im Allgemeinen im Einklang mit den Idealen des Präsidenten stehen, und wir sind überzeugt, daß keine von ihnen selbst unvollkommen erfüllt werden kann, wenn der Friede, wenigstens soweit Europa betroffen wird, innerhalb der nächsten Grundlinien gesichert wird, die in der beigefügten Note gezogen sind.

Deshalb hat England gebracht, bringt noch und ist bereit, noch weiterhin Opfer an Gut und Blut zu bringen, die obnegehten in seiner Geschichte dahaben. Es trägt diese schweren Lasten nicht nur, um seine verfassungsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, noch um einen unfruchtbaren Triumph einer Gruppe von Nationen über die anderen zu sichern. Es bringt sie, weil es sich glaubt, daß von dem Erfolg der Alliierten die Aussicht auf eine friedliche Zivilisation und auf diejenigen internationalen Reformen abhängt, welche, wie die besten Denker der neuen und alten Welt zu hoffen mögen, der Beendigung des gegenwärtigen Unheils folgen werden.

• Aus der Stadt. •

Die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes.

Ueber den öffentlichen Vortrag, der am Mittwoch Abend auf Veranlassung des Bundes von Generalsekretär N. Baum aus Frankfurt gehalten wurde, haben wir in unserer gestrigen Ausgabe einen knappen Bericht erstattet, der sich in der Hauptsache auf den Verlauf der Veranstaltung beschränkte. Es erübrigt sich noch, auf die Ausführungen des Redners näher einzugehen, und das Wichtigste von den mit großer Sachkenntnis vorgetragenen Erläuterungen zu der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes in gedrängter Kürze zusammenzufassen.

Wie wichtig und dringend notwendig eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Munitionsbereitstellung in diesem Materialkrieg ist, mögen zunächst einige Zahlen beweisen: Die Herstellung von 18 Flunder - Geschossen ist in England von 1915/16 auf 1917 im Verhältnis von 1 auf 7½ gestiegen. Der Wochenumschlag in der Herstellung der Hauptgeschosse, der 1915/16 achtmal größer war als 1914, ist jetzt 27mal so groß geworden. Die Herstellung von schweren Granaten ist vom Pfaden auf das Maß gesteigert. Alle 4 Tage werden in England gegenwärtig so viele Geschosse hergestellt, als in den Jahren 1914/15 zusammen hergestellt werden konnten. Aus diesen Zahlen spricht das höchste Lob für unsere todesmüden Kämpfer, die an der Spitze und bei Verdun diesem Geschossregen ausgesetzt waren. Vor dem Kriege waren es nur 3 Stahlwerke, heute sind es 65, die vollständig in den Dienst der Kriegsmunitionsherstellung gestellt worden sind. Die Zahl der Munitionsarbeiter ist von 1,5 Millionen auf 2,7 Millionen gestiegen, und zwar - ohne Hilfsdienstgesetz. Diese wenigen Zahlen sagen wohl mehr als alle schönen Worte. Die zugunsten des Hilfsdienstgesetzes schon gerichtet und geschrieben worden sind.

So umfangreich und unübersehlich nun das Hilfsdienstgesetz auch scheinbar ist, so enthält es dennoch nicht bei näherer Betrachtung einer gewissen Uebersichtlichkeit, und man muß sich wundern, daß es in so verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, ein so gewaltiges Werk zu schaffen. Natürlich gibt es noch viele Fragen zu lösen, Wünsche und Beschwerden zu berücksichtigen, die man aber mit der Zeit schon noch in befriedigender Weise aus dem Wege schaffen wird. Man hat die Durchführung des Gesetzes der militärischen und nicht einer Zivilbehörde übertragen, und damit ist Gewähr gegeben, daß nicht Sonderinteressen zur Geltung kommen, die sich mißfällig bemerkbar machen könnten. Begrüßenswert ist es, daß bei der Durchführung auch nicht schablonenmäßig verfahren werden soll und daß zum Beispiel die Befreiung von der Dienstpflicht unter dem Einfluß einer besonderen Notwendigkeit mitgeteilt werden kann.

An welcher Reihenfolge der Zwang zum Hilfsdienst erfolgen werde, läßt sich heute schwer sagen. Es würde ein großer Fehler sein, wenn man den Mittelstand zuerst heranziehen wollte. Da die Transportmöglichkeit und das Verkehrswesen zunächst als wichtigster Faktor für die Materialbeschaffung in Frage kommen, so werden in erster Linie wohl Transportarbeiter herangezogen werden müssen, ferner Leute für Brücken- und Bohrarbeiten, Fachleute für technische Betriebe usw. Man wird sich verständlich keinen Reiner an die Gewerkschaft halten, an der er erst lernen soll, denn jede Maschine muß jetzt bis auf äußerste Ausnutzung werden. Nachträglich tritt zunächst der Zwang in den Hintergrund, da sich bis jetzt schon etwa 300.000 Personen ohne Zwang freiwillig gemeldet haben. Die Frauen sind vorläufig vom Zwang ausgenommen, wie überhaupt der Zwang eine böse Sache ist. Jeder Mensch muß fühlen, ob er in dieser schweren Gegenwart Zeit hat, spazieren zu gehen. 1813 habe das deutsche Volk nicht verstanden, es würde wohl auch diesmal nicht verstanden.

Die Wirkung des Gesetzes werde sich bald in der Stilllegung der Einschränkung verschiedener Industriezweige bemerkbar machen. Zunächst in der Textilindustrie, wo fast 11 Millionen Spindeln nur noch 2 Millionen laufen werden. Auch die Spinnstofffabriken werden schon wegen des Mangels an Rohmaterial den Betrieb einstellen müssen. Von 1400 Schuhfabriken werden nur noch 400 ihre Tätigkeit ausüben können, und auch die Delmühlen werden von einer Zusammenlegung betroffen. Ebenso werden Agentengeschäfte, Zwischenhandel und Reise-tätigkeit eine Einschränkung erfahren. Es ist aber nicht damit getan, daß solche Erwerbsgruppen ganz verschwinden sollen, denn sie werden nach dem Kriege ebenso wie vor dem nötig sein. Die Entschädigung für die eingestellten Betriebe soll von denjenigen Erwerbsgruppen, die durch die Stilllegung einen gewissen Nutzen haben, aufgebracht werden, und zwar durch Abgabe von etwa 20 bis 30 Prozent des erzielten Gewinnes. So viel fehlt, daß die Regierung mit der Entschädigungsfrage nichts zu tun haben will.

Eine schwierige Frage ist auch die der Arbeitsverträge. Diese sollen möglichst kurzfristig gehalten werden. Geplant ist eine vierzehntägige Kündigungsfrist mit amtlicher Lohnzahlung. Als Löhne sind angesetzt: für männliche Privatangestellte 135 bis 150 M. monatlich, für männliche technische weibliches Personal 91 bis 107 Mark. Man kann gerade nicht behaupten, daß diese Löhne ausreichend wären, um eine Familie in dieser Zeit über Wasser zu halten. Darum muß rechtzeitig Sorge dafür getragen werden, daß keine Ueberschuldung der Familien eintritt.

Was die Abfertigung betrifft, so werden die Soldatämter in der ersten Zeit große Aufgaben zu bewältigen haben. Es wäre aufs höchste zu bedauern, wenn der soziale Friede durch diese Abfertigung gefährdet würde.

Wichtig ist auch die Frage des Hilfsdienstgesetzes für die sogenannten freien Berufe, für Künstler, Gelehrte, Schriftsteller usw. Eine wesentliche Einschränkung wird die Gerichtsbarkeit erfahren. Die Zivilprozeß, Strafgericht und Schlichtungsgericht müssen auf notwendige Herabsetzung werden. Die Zahl der Richter und Geschworenen ist zu verringern. Doch sind das Eingriffe in das bisher bestehende von so fundamentaler Bedeutung, daß sie nicht ohne Reichstagsbeschluss durchgeführt werden können. Es soll kein Schritt in dieser Richtung unternommen werden, den man später bereuen müßte.

In Bezug auf das Gastwirtsgewerbe, die Theater und Unterhaltungsstätten heißt es ebenfalls vorsichtig sein, ehe man einen Schritt gegen sie unternimmt. Eine Einschränkung der Wirtschaft wird bei der Einschränkung des Konsums leicht möglich sein. Dagegen ist bei Theatern usw. zu prüfen, ob sie nicht auch zur geistigen Erbauung bei entsprechend angepasstem Spielplan dienlich sind. Die Entscheidung darüber wird wohl am besten den Ortsbehörden überlassen.

Ueber die Organisation selbst ist noch zu sagen, daß die zu stehenden Arbeitsausschüsse sich in Ausübungsborgane und Geschäftsführungsorgane einteilen werden. In den Arbeitsausschüssen soll das Element vornehmlich sein, doch muß der Offizier, der militärische Vertreter, der Vorkämpfer und Leiter wie der ganze Organisation so auch der Unterorganisation bleiben. Man müsse das Gefühl haben, daß der Vorkämpfer in seiner Weise nach der einen oder anderen Seite interessiert ist. Wünsche, die über die Zusammenfassung der einzelnen Ansätze den verschiedenen Berufsarten entsprechend noch vorhanden sind, werden wohl offen bleiben, wie überhaupt an dem Gesetz noch manche Verbesserung und Vervollständigung nötig sein wird, bis es allen Anforderungen gerecht zu werden vermag. Doch darf über solchen Nebenfragen das Hauptziel nicht übersehen werden, daß es jetzt heißt, alle Kräfte zusammenzuspannen, um unsere Feinde niederzurücken und aus diesem „Nationalkrieg“ als Sieger hervorzugehen.

Meldung zum vaterländischen Hilfsdienst.

In den nächsten Tagen werden in allen Garnisonen Aufrufe zur freiwilligen Meldung von Hilfsdienstpflichtigen, weiblichen Personen und Jugendlichen ergehen.

Benötigt werden die Aufgerufenen für Garison-Wachdienst, militärischen Arbeitsdienst, Schreiber-, Ordontanz-, Buchhaltungsdienst, Bahn- und Brückendienst.

Als Näheres enthalten die in den einzelnen Garnisonsorten erscheinenden Aufrufe.

Die Kriegsdienststelle Frankfurt a. M.

Die Befreiung des letzten Herzogs von Nassau. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Leiche des am 17. September 1906 auf Schloß Hohenburg bei Bad Eib in Bayern verstorbenen und dort beigesetzten Großherzogs Adolf von Nassau, des letzten Herzogs von Nassau, in der nächsten Zeit nach Weiburg überführt und in der dortigen Krypte in der Schloßkirche an der Seite der kürzlich verstorbenen Gemahlin und des Sohnes Wilhelm beigesetzt werden. — Das Schloß Hohenburg ist durch Erbfolge nunmehr in den Besitz der Großherzogin Adelheid von Luxemburg gelangt, die dort alljährlich einen mehrmonatigen Sommeraufenthalt zu nehmen gedenkt.

Für treue Dienste. Dem Kreisassistenten Ray wurde aus Anlaß seiner fünfundzwanzigjährigen Beschäftigung auf dem Landratsamt zu Wiesbaden durch Landrat Kammerherrn v. Heimburg eine bronzene Erinnerungsmedaille mit der Aufschrift „Für Verdienste um den Landkreis Wiesbaden“ überreicht. Herr Ray ist schon in früheren Jahren während seiner Tätigkeit als Registrator, aber noch mehr in der letzten Zeit durch die Bearbeitung der Militärsachen mit weiteren Kreisen der Bevölkerung des Landkreises Wiesbaden in Berührung getreten.

Kriegselsterngeld. Wie wir aus Berlin erfahren, hat das Königl. Preuss. Kriegsministerium auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Trendelenburg betreffend Gewährung von „Kriegselsterngeld“ erwidert, daß Eltern, die für die Berufsausbildung ihrer im Kriege gefallenen Söhne große Aufwendungen gemacht haben in der Hoffnung, später an ihnen eine Stütze zu haben, nach § 22 des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. 6. 07 Kriegselsterngeld nicht erhalten können. Um aber die hierin liegenden Härten zu mildern, hat das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzamt angeordnet, daß Eltern in solchen Fällen bei Vorliegen eines Bedürfnisses Zuwendungen in bescheidenen Grenzen gewährt werden.

Kriegsverfürzung der Witwen und Waisen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sollen die Witwen und Waisen von Beamten, die im Kriege als Unteroffiziere oder Gemeine gefallen sind, neben der Verfürzung aus der Zivilkasse auch die vollen Verfürzungsbeträge aus dem Beerdigungsgeld, nämlich Witwen- und Waisengeld (allgemeine Verfürzung) sowie Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld zu beanspruchen haben. Sobald diese Entscheidung vorliegt, wird die Neuordnung der Militärverfürzungsbeträge der betreffenden Witwen und Waisen durch das Kriegsministerium erfolgen. Eines besonderen Antrages der Hinterbliebenen bedarf es nicht.

Ausgang, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Residenztheater. Am Samstag wird „Die Schachmatt“, eines der erfolgreichsten Stücke von Max Dreier, nach längerer Pause wieder in den Spielplan aufgenommen und am Sonntag Abend wiederholt. Am Sonntag Nachmittag wird der neue jugendliche Schwan „Pimpelmeier“ von Jacoby und Lind in halben Breiten gegeben. Am Donnerstag der nächsten Woche wird Marcel Salzer wieder einen Vortragsabend veranstalten und ein Programm, das hauptsächlich heitere, neue Dichtungen umfaßt, zum Vortrag bringen.

Kinos, Unterhaltung und Vergnügungen.

Thalia-Theater. Heute freitags finden die letzten Aufführungen des altdeutschen Mysteriums „Das Nibelungenlied“ von Professor Max Reinhardt statt. Die Vorstellungen beginnen pünktlich um 4, 6 und 8 Uhr. Ab Samstag gelangt der neueste Film mit Dennis Porten „Geld und Ratten“. Schauspiel in 4 Akten, zur Erkauführung.

Heffen-Nassau und Umgebung.

Diebstahl.

Dienstadt. Am 15. Januar waren es fünfundzwanzig Jahre, daß Herr Direktor Paul Weller in die Dienste des Tonwerks Dietrich N. G. trat. Das Werk hat seinen Aufschwung zu einem guten Teil der Tätigkeit des Jubilars zu verdanken, denn er hat es verstanden, den letzten Ergänzungen Eingang und Ablass in weiten Grenzen zu verschaffen. Herr Weller trat im Jahre 1912, nach dem Ableben des hochverdienenden Direktors Beitelhauer, an dessen Stelle und hat es durch seine reichen Erfahrungen in der feuerfesten Industrie und seinen rastlosen Fleiß fertig gebracht, das Tonwerk immer mehr zu An-

dem weist du ja: Ich werde jedesmal nervös und aufgeregter, wenn ich nur den Namen des Freiherrn höre! — Er klopfte wirklich mit den Fingern, als ob er fröhlich wäre. „Kommen Sie, lieber Baumeister“, wandte er sich dann zu diesem, „ich zeige Ihnen die Mühle. Als ehemaligem Maschineningenieur werden meine Verbesserungen Sie ebenfalls interessieren!“

„Ungeheuer!“ entgegnete Waldd, aufrichtig neugierig. In dieser ersten Stunde des Bekanntheits nach langjähriger Trennung war seine frühere Freundschaft für Werner Ludnow aufs neue erwacht, und er fragte sich verwundert, was diesen lebenswichtigen talentvollen Menschen vermocht hatte, sich in einem Reflekt, wie Hohenburg zu vergraben.

Ehe die beiden Freunde zur Mühle hinübergingen, nahm Jostas Ludnow seinen Sohn einen Augenblick bei Seite.

„Es trifft sich herrlich“, sagte er lächelnd, „daß du den Baumeister schon von früher kennst. Da wird es dem da drüben nicht gelingen, ihn in seine Reue zu ziehen. — Sei nur ruhig“, unterbrach er sich, „ich sage nicht wieder von dem Freiherrn an! Aber eine dringende Bitte habe ich an dich, Werner. Und ich danke, du könntest deinem alten Vater schon die Freude machen!“

„Nun?“

„Warte dem Baumeister die beiden Zimmer nach dem Garten zu an meinerseits die halbe Etage, aber nicht an, daß er zu uns zieht. Hörst du?“

„Wenn du glaubst, Papa, daß Waldd sich beeinträchtigen wird...“

Jostas Ludnow machte ein schelmisches Gesicht.

„Nichts glaube ich, gar nichts! Es ist mir so hauptsächlich um dich zu tun. Mein du, ich habe es nicht bemerkt, wie melancholisch und verstimmt du in letzter Zeit geworden bist? Du lebst zu einsam, und der Baumeister scheint ein netter Mensch zu sein, er wird dich ein klein wenig aufheitern!“

Werner Ludnow seufzte. Wenn der Alte gewußt hätte, wie sehr er Recht hatte, und was eigentlich die Ursache vom Trübsinn seines Sohnes war.

„Ich will versuchen“, erwiderte er nach einer kleinen Pause. „Erlaube, wie gesagt, Waldd sich schwerlich beistimmen lassen wird...“

„Er wird schon! Dinge nur recht in ihn! Zu dem Deinige! Verspricht du's mir?“

„Ja, ja!“

„Das Deinige, Werner, das Deinige!“ (Fortf. f.)

Der Herr im Hause.

Roman von Heinrich Volkmann Schumacher.

(Nachdruck verboten.)

Gerhard fuhr erstent empor.

„Ah, wirklich? Und in der Sohn hier?“

„Er ist hier! — Guten Morgen, Herr Baumeister!“

Und hinter Tüppelchen schloß sich die Tür. Waldd empfand plötzlich ein ihm selbst unerklärliches Mitleid mit dem Manne. Und so eilte er ihm nach. An der Treppe erreichte er ihn noch und streckte ihm die Hand entgegen.

„Verzeihung, Herr Baumeister!“ bat er. „Ich weiß nicht... ich bin heute so schauerhaft zerstreut... wenn ich Sie verfehlt haben sollte... es täte mir aufrichtig leid!“ In Tüppelchens Gesicht suchte seine Miene. Er überließ Gerhards Hand und legte die seine an den Rand seiner Mütze.

„Ich danke! Sie haben mich nicht verfehlt! — Guten Morgen, Herr Baumeister!“

„Noch eins!“ hieß in dieser zurück. „Würden Sie vielleicht die Lieblichkeit haben, mir diesen Brief mitzunehmen?“

Es war, als habe der Postmeister einen elektrischen Schlag erhalten. Seine Kehle wuchs, höher fast, als man hätte für möglich halten sollen, seine Lippen zitterten und seine Augen blickten sich in das Gesicht des Unverschämten vor ihm. Dann rief er es gewaltig heraus:

„Hohenburg befindet eine Postanstalt dritter Klasse und hat außer einem Schalter noch acht an Straßen und öffentlichen Plätzen ausstehende Briefkästen. Auch hat Bader Schnorr nebenan einen Bengel, dem man derartige Vorwürfe übergeben kann. Denn Schulleicher Jordan hat das Fieber!“ — Guten Morgen, Herr Baumeister!

Dann machte er eine noch krummere Kehrtwendung als vorher, und ging. Und diesmal holte er nicht über die Kriegswaffe an seiner Seite.

„Alte!“ sagte er nachher zu Hause zu seiner Frau, nachdem er ihr das Kontor mit dem Baumeister berichtet hatte, „wir leben ja mit den Eisenbahnern so ziemlich in Frieden, in bewaffnetem Frieden, aber schade doch, daß du nicht dabei warst. Wie ich dem gesagt habe — na!“

Es war wirklich so, wie Postmeister Tüppelchen gesagt hatte: in ganz Hohenburg gab es kein halbwegs anständiges Postamt. Bader Schnorr hatte zwar ein Zimmer mit daranstehendem Kasten leer stehen, allein, daselbst lag über dem Schweinefall. Und Kerhens Schweine waren dafür be-

kannt, unter einander in der grimmigsten Feindschaft zu leben, und sich mit Vorliebe gegenseitig in die schreiendsten Widersprüche zu verwickeln. Als Waldd das Postamt besichtigte, schienen sie gerade in einer heftigen Parlements-Debatte befangen, denn die Fenster dieses Dorfpalastes stürzten und stürzten förmlich von dem tumultuarischen Durcheinander ihres Quittens, Grunzens, Puffens und Knurrens, in welches Bader Schnorr's Fächer sein langgedehntes Alpengelächter mischte, jedoch der Baumeister es schweigend ausgab, seinen Standpunkt über den Parteien noch länger zu behaupten.

Blieb nur das Schloß und die Mühle.

Das Schloß?

Walddes Gesicht wurde rot bei dem Gedanken, und wieder tauchte vor seinen Augen jener blondköpfige Adelskopf mit den kirchlichen Lippen auf. Doch gleich darauf schob er die Verhüllung weit von sich; er war kein grüner Junge mehr und wußte, wie gefährlich netze Stubenmädchen unter Umständen zu werden vermögen.

Die Mühle also! Zudem war Werner Ludnow fastlich ein samoser Kerl gewesen; er würde vernünftig genug sein, um einzusehen, daß Gerhard sich auf die Bahnhofs-geschichte absolut nicht einlassen konnte.

Er war auch wirklich so vernünftig. Er war etwas sehr heiser, er hatte etwas sehr den Schnupfen und er war etwas sehr in wolle Deden und flüchtig verpackt. — weil er, wie Vater Ludnow erzählt, den Freiern von Hohenburg über alle Mäher hatte, so tief, daß er meinte, um einer Begegnung mit demselben auszuweichen, lieber in den Mühlenbach gefallen sei! — Aber diese verurteilte Stimmung wirkte nicht auf den Empfang, welchen er Gerhard Waldd angedeihen ließ. Die beiderseitigen Erinnerungen wurden verallgemeinert, die Ergebnisse der Trennung ausgetauscht und anständig dazu gekräftigt und Rotwein getrunken. Und da — Waldd hatte den Stoff schon lange in der Post umherwirren gesehen. — da war's so weit. Vater Ludnow schmitt die Bahnhofsfrage an, indem er vom Rotwein auf den Kognak, vom Kognak auf Schnäpse im allgemeinen und vom Kartoffelspiritus mit Kalmar im besonderen kam und vom Kartoffelspiritus auf den Freiherrn und die Wahlstation.

Da eben zeigte es sich, daß Werner Ludnow doch ein vernünftiger Kerl geblieben war, trotz Hohenburg. „Ich bitte dich Papa“, erbot er sich mit zusammengezogenen Augenbrauen, du hörst doch schon, daß Waldd mit der ganzen Geschichte nichts zu tun hat. Und außer-

Ehren-Tafel

Das Eisene Kreuz erster Klasse wurde dem Leutnant der Reserve 2. Btl. aus Wiesbaden, bei einem Infanterieregiment an der Westfront, für eine schneidig durchgeführte Patrouille verliehen.

Mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse wurde der Leutnant in einem Infanterieregiment Martin Dieß aus Dillenburg ausgezeichnet. Er ist schon länger im Besitz des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse sowie der hessischen Tapferkeitsmedaille.

Dem Kriegsfreiwilligen Heinrich Schüler, Sohn des Kaufmanns Jakob Schüler in Wiesbaden, wurde das Eisene Kreuz verliehen.

Mit der hessischen Tapferkeitsmedaille wurde der Reserveoffizier Wilhelm Krebs, Sohn des Zimmermanns Adam Krebs in Wiesbaden, ausgezeichnet.

Das Eisene Kreuz erhielten aus Sindlingen: Leutnant Wenz, Platzfeldwebel Imberg, Gefreiter Steller und Invaliden Konrad Sander.

Dem Gefreiten Franz Kehler, Sohn des Gasthofbesizers Kehler in Dillenburg, wurde das Eisene Kreuz, und vom Großherzog von Hessen persönlich die Tapferkeitsmedaille überreicht.

Der Musikleiter Hans Michel, in der 1. Reichs-Gew.-Komp. Braunschweig, Inf.-Regts. Nr. 92, Sohn des Arbeiters Jakob Michel, hat das Eisene Kreuz erhalten.

Dem Musikleiter Siegmund im Reserve-Infant.-Regt. Nr. 87 wurde die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Dem Offizierskassiermeister Müller im Infanterieregiment Nr. 76, Sohn des hessischen Bauarbeiters Heinrich Müller, wurde das Eisene Kreuz verliehen.

Dem Fällhüter Adolf Sennlaub aus Waldhausen bei Weilsburg, beim Infanterieregiment Nr. 380, sowie dem Grenadier Jakob Kriemer aus Weilsburg bei Weilsburg wurde das Eisene Kreuz verliehen.

Dem Lehrer Nikolaus aus Freienfeld bei Weilsburg, im Reserve-Infanterieregiment Nr. 87, wurde das Eisene Kreuz verliehen.

Musikleiter August Schermuly aus Niedershausen bei Weilsburg, beim Infanterieregiment Nr. 117, wurde mit der hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Der Großherzog von Hessen hat für ihre Verdienste um die Kriegsfürsorge des Roten Kreuzes den Herren Landtagsabgeordneten Scherer, Rechtsanwältin Alth. Strauch, Heinrich Conrad und den Damen Fräulein Roseline Dannerich, Alice Mayer, Adele Mayer, Philippine Beder und Frau Toni Bora in Wingen das Ehrenkreuz für Kriegsfürsorge verliehen.

Die Schule zu Dörfelsfeld hat nunmehr auch den Verlust des zweiten Lehrers zu beklagen. Am 10. Dezember v. J. fiel Lehrer Hans Schrod in einem Gefecht bei Miltitz in Rumänien. Herr Schrod war Platzfeldwebel und Offiziersaspirant, besaß das Eisene Kreuz 2. Klasse und die hessische Tapferkeitsmedaille. Die Gemeinde beklagt sehr den Verlust des tüchtigen Lehrers.

leben zu bringen. Besonders in der letzten schweren Zeit leitete Herr Direktor Beller das Werk mit größtem Erfolge. Abgesehen vom Jubiläum, es verstand sich, noch lange Jahre zum Wohle des Thonwerks Viehbach A.-G. tätig zu sein.

Vernehmung. Um den derzeitigen Lehrermangel auf dem Lande in etwas zu beheben, werden von der Regierung zu Wiesbaden vereinzelt jüngere, nicht kriegsverwendungs-fähige Lehrer aus Städten oder größeren Landgemeinden auf kleinere Dörfer dirigiert. So wurde Lehrer Spitzhorn von Viehbach-Waldhauser zur Vernehmung der ver-worfenen Lehrstellen zu Pohl und Bollschied im Unterlahn-kreis vom 1. Januar ab für die Dauer des Krieges nach Pohl versetzt unter Verlassung seines bisherigen Gehaltes und Gewährung einer monatlichen Stellenzulage.

Zusammenfassend.

Wiesbaden, 18. Jan. (Privat-Tele.) In der verflochtenen Nacht fuhr der Wiesbadener Personenzug bei der Einfahrt in den hiesigen Hauptbahnhof einem Beiwagen in die Klänge. Zwei Wagen des Personenzuges stießen um. Die Insassen sind durchwegs nur leicht verletzt worden. Kein Toter.

Wiesbaden, 18. Jan. Schulpersonalnachrichten. Kreis-Schulinspektor Albach in Limburg ist auf seinen Antrag von den Kreis-Schulinspektionsgeschäften ent-bunden und Herr Witter in Dieckhofen zum Kreis-Schulinspektor des Schulamtsbezirks Wilmars ernannt worden. — Verliehen wurde dem Lehrer Gustav Bessler in Gonsenheim aus Anlaß seines Ueber-tritts in den Ruhestand der Adler der Inhaber des Königl. Hausordens von Hohenzollern. — Anstellungen: einstweilige: Lehrerin Katharina Baum, kath., Diez, 1. Jan.; Lehrerin Math. Langenheben, ev., Hermannstein, 1. Jan.; endgültig: Lehrerin Clementine Pörtner, kath., Frankfurt, 1. Jan. — Verlegungen: Lehrerin Wilhelmine Stein-hauer, kath., von Rennerod nach Elz, 15. Jan., Lehrer Hubert Dietrich, kath., von Welschendorf nach Elbhorn, 1. Februar. — Aufgehoben aus dem Schuldienst des Regierungsbezirks ist der Lehrer Otto Stoll, ev., Sinn, 1. April, nach Göttingen.

Frankfurt, 18. Jan. 100 000 Mark für die Nationalkassette. Frhr. Max v. Goldschmidt-Rothschild überweist der Nationalkassette 100 000 Mark. Hieron bestimmt er 50 000 Mark der Stadt Frankfurt und 50 000 Mark dem Berliner Zentralbank.

Gräfelf, 18. Jan. Todeskurz. Der achtund-zigjährige Landwirt und Backsteinbrennereibesitzer Karl Weidt starb am Dienstag Nachmittag in seiner Scheune aus einer Höhe von 5 Metern und blieb bewußtlos liegen. Um 11 Uhr erst konnte der Arzt zur Stelle sein, der einige Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen feststellte, die am Mittwoch Morgen den Tod des Mannes herbeiführten.

Welsburg, 18. Jan. Schamloses Frauen-zimmer. Der Landrat des Oberlahnkreises gibt amtlich bekannt, daß die zwanzigjährige ledige Philippine Paisch zu Aulenhagen mit dem im elterlichen Hause beschäftigten gefangenen Franzosen geschlechtlichen Verkehr gepflogen hat, der nicht ohne Folgen geblieben ist, und daß dieses ehe- und pflichtvergeßene Verhalten der Philip-pine Paisch zur Warnung für andere öffentlich bekannt-gegeben worden ist.

Welsbach, 18. Jan. Eine Bulgaren-spende. Aus Bulgarien waren als Ergebnis einer nach der Ueber-wandlung der Serben in der Stille vorgenommenen Samm-

lung dem langjährigen Kassier der „All-nischen Zeitung“ 20 000 Ruma übergeben worden, die nach Vorschlägen des preussischen und des bayerischen Kriegs-ministeriums an vier verdiente deutsche Balkankämpfer oder deren Hinterbliebene verteilt werden sollten. Nicht vier, sondern acht Kämpfer sind ausgewählt worden. Die Witwe Margarete Rindt geborene Schulmeyer von hier wurde zu Weihnachten mit 2100 Mark bedacht. Der Mann ist beim Sturmangriff auf Belgrad gefallen, hat Witwe und sieben Kinder hinterlassen, von denen das jüngste neun Monate alt ist. Vier Kinder sind noch schulpflichtig; das älteste ist geistig nicht normal und bedarf besonderer Pflege und Aufsicht. Durch die große Kinderzahl ist es der Witwe nicht möglich, außerhalb des Haushalts etwas zu ver-dienen.

T. Vingen, 18. Jan. Des Kaisers Antwort. Folgende Antwort ist auf das vom Bürgermeister Reff an den Kaiser gerichtete Telegramm eingegangen: Herr Bürgermeister Reff, Vingen a. Rh. Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen für die begeisterte Aus-sage der schönen Rheinhardt Vingen herzlich danken. Geh. Kabinettsrat v. Valentini.

Gericht und Rechtspredung.

Die Unterschlagungen bei der Landesdirektion.

Als letzter Fall der diesjährigen ersten Schwurgerichts-periode hand die Anklage gegen den Landessekretär Karl Reich aus Wiesbaden wegen Unterschlagung im Amt zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landrichter Penhard, die Anklage vertrat der erste Staatsanwalt Hagen, die Ver-teidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Dr. H. H. Sachverständige sind Dr. Haffelmann und Kreisarzt Dr. Pils geladen worden. Der Angeklagte gibt auf Ver-fragen an: Ich bin unbeschäftigt, 48 Jahre alt, verheiratet, war früher im Justizdienst tätig, trat im Jahre 1899 zur Pandessant, später zur Landesdirektion über und bezog zuletzt einen Gehalt von 4900 Mark. Hierbei ist ein Woh-nungszuschuß von 800 Mark nicht eingerechnet. In den ersten Jahren meiner Diensttätigkeit arbeitete ich zur Zu-friedenheit meiner Vorgesetzten, geriet jedoch später in Schulden, die eine Höhe von 4181 Mark annahmen, erhielt auch wegen einiger dienstlicher Veranlassungen eine Ord-nungsstrafe von 30 Mark. Auf Anordnung meiner vor-gelegten Behörde mußte ich von Zeit zu Zeit ein Ver-zeichnis meiner Schulden einreichen. Es gelang mir, bis zum Jahre 1913 3000 Mark meiner Schulden zu tilgen. Die Ursache meiner Verschuldung ist in einigen

Geldsorgen in meiner frühesten Jugend

zu suchen. Als junger Mann trat ich in verschiedene Ver-eine ein, und wurde hierdurch zu Ausgaben ver-leitet, die in keiner Weise mit meinem Verdienst (50 Mark monatlich) in Einklang zu bringen waren. Ich heiratete und trat mit einer für meine Verhältnisse großen Schul-denlast in die Ehe. Ich geriet in die Hände eines Wucher-ers, der mir für die Police einer Lebensversicherung einen wertvollen Wechsel von 1500 Mark gab, den ich von keiner Bank kassieren konnte. — Auf weiteres Ver-fragen gibt der Angeklagte an, daß er schließlich durch das Anwachsen der Schulden und aus krankhafter nervöser Ueberreizung die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen beging. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das durch die Unterschlagungen erlangte Geld auch für Frauen aus-gesgeben hätte, verweigert der Angeklagte die Antwort. Zu den begangenen Fällen äußerte er sich folgender-maßen: Er sei Rechnungsführer der Betriebskrankenkasse gewesen. Hierdurch wäre es ihm leicht gewesen, auf Grund von fingierten Fällen Anweisungen mit gefälschten Unter-schriften an die Kasse zu senden und das Geld für sich zu erheben. Ferner gelang es ihm, durch gefälschte Anweisun-gen über Auszahlungen von Gehaltsvorschuüssen sich größere Summen zu verschaffen. Die zur Anklage stehen-den Fälle erlittenen sich in den Jahren 1910 bis 1916. Die Gesamtsumme der Unterschlagungen beträgt ungefähr 10 000 Mark.

Eines Tages wurde ihm von seiner vorgesetzten Behörde mitgeteilt, daß jede Gehaltsauszahlung an ihn eingeklinkt worden sei. Als er nun auch, angeblich durch einen Freund, den der Angeklagte nicht nennen will, erfuhr, daß ein Votum mit den gefälschten Anweisungen an den Landesbankrott unterwegs sei, wurde es ihm zur Gewißheit, daß seine Unterschlagungen bekannt geworden seien. Er wartete vor dem Gebäude des Landeshauses auf den Boten, und es gelang ihm auch, den Brief mit den gefälschten Anweisun-gen von ihm zu erhalten. Er fuhr hierauf nach Köln, und wollte sich dort beim Bezirkskommando

als Kriegsfreiwilliger

melden, wurde aber nicht angenommen. Da er in Köln keine Arbeit fand und keine Mittel zur Bekleidung des Lebensunterhaltes erhalten konnte, fuhr er nach Wies-baden zurück und stellte sich seiner vorgesetzten Behörde.

Vor Eintritt in die Beweisaufnahme teilte der Vor-sitzende mit, daß nach dem Eröffnungsbeschluss noch etwa fünfzig Fälle von Unterschlagungen des Angeklagten be-kannt geworden seien, die mit Einwilligung der Prozeß-beteiligten heute ebenfalls zur Verhandlung kämen. Als erster Zeuge wurde Landeshauptmann Krefel vernom-men. Der Zeuge gibt an, daß er den Angeklagten für einen gut beschafften, doch unzuverlässigen Beamten ein-geschätzt habe, der auch in seinen persönlichen Geldverhält-nissen große Unordnung zeigte. Wiederholt wandten sich Gläubiger des Reff an ihn mit dem Ersuchen, die Re-gelung der Vermögensverhältnisse des Angeklagten zu be-einflussen. So verlangte ein Gläubiger für rückständige Miete eines Zimmers, das der Angeklagte für ein Frauen-zimmer gemietet hatte, Zahlung. Ueber eine allzu große Arbeitsüberlastung des Angeklagten konnte der Zeuge nichts angeben. — Landessekretär Schöder schilderte den Angeklagten als einen lebenswichtigen, gefälligen Kollegen. Auffallendes in der Lebensführung des An-geklagten habe er nicht feststellen können. — Assistent Guntrum sagte aus, daß er dienstlich täglich mit dem Angeklagten zu tun hatte und feststellen konnte, daß dieser sehr beschäftigt gewesen sei. — Registratur Horsch gibt an, daß der Angeklagte des öfteren über sein Kopf-leiden geklagt hätte. Auch sei dieser sehr beschäftigt ge-wesen. — Als Sachverständiger erklärte Dr. Haffelmann den Angeklagten als einen neurotischen, nervösen Menschen, der wegen Nervenzerrüttung des öfteren von ihm behandelt wurde. Die freie Willensbestimmung des Angeklagten sei während der Zeit seiner Vergehen nicht aufgehoben gewesen. Eine gewisse Beeinflussung habe der Krankheitszustand des Angeklagten indes auf das Ver-gehen der Delikte wohl ausgeübt. — Kreisarzt Dr. Pils als Sachverständiger vernommen, hat den Angeklagten im Gefängnis wiederholt untersucht und sei zu der Ueber-zeugung gekommen, daß bei dem Angeklagten eine gewisse geistige Minderwertigkeit vorliege, hervorgerufen durch den starken Alkoholverbrauch. Verantwortlich für seine

Vergehen sei der Angeklagte jedoch gewesen. — Die Beweisaufnahme geschlossen. Dem Geschworen werden 27 Schuldsfragen vorgelegt.

Das Urteil.

Die Geschworenen bejahen die Urkundenfälschung in 14 Fällen, nahmen aber eine fortgesetzte Handlung an und erkannten die Urkunden als private an. Sie bewie-sen dem Angeklagten milde Umstände, ausgenommen in einem Falle, wo es sich um die Unterschlagung von 2 Mark handelt, Gelder, die er seinem Kollegen verunt-rachtete. Der Staatsanwalt beantragte hierauf, da die Ver-urteilung der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie der Ver-setzung, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer 5 Jahren. Das Urteil lautete wegen fortgesetzter schwa-rzer Urkundenfälschung in 2 Fällen und Unterschlagung in einem Falle zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. 2 Monate der Untersuchungs-dauer werden angerechnet. Der Angeklagte nahm das Urteil an.

Unter der Auflage des Gismordes. Frankfurt, 17. Jan. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich am Mittwoch und Donnerstag der siebenundzwanzigjährige Fabrikarbeiter Karl Friedrich Scholl aus Wies-baden wegen Gismordes zu verantworten. Er wurde als schuldig, im Juli vorigen Jahres seine Braut Theresia Randbinder durch Gift getötet zu haben. Scholl bereits sechzehnmal vorbestraft. Er war schon von frü-her Jugend an ein Freund des weiblichen Geschlechts. Im Jahre 1915 verheiratete er mit einer Minna Hirsch, der nur von Gift erzählte. Der Angeklagte führte auch ein Gift, die er sich in einer Drogerie beschafft hatte, bei sich und prahlte damit, daß er weit gefährlicher als der Mörder Hopf sei, wenn er Gift anwenden würde. W-rend er noch mit der Hirsch verheiratet, handelte er mit Randbinder an, der er alle ihre Ersparnisse abzuwinden um sich eins der beiden Mädchen zu entledigen, beschloß so nimmt die Anklage an, den Gismord. Da die Hirsch sich nicht einschließen ließ, mußte die Randbinder dar-auf glauben. In der Nacht zum 12. Juli führte er die Ra-nbinder in dem Mädchen mit Arsenik bestrichene Kuchen zu essen gab. Das Mädchen starb inner-halb vierundzwanzig Stunden. Scholl wurde schon am nächs-ten Tage als der mutmaßliche Täter verhaftet. In der Ver-handlung bestritt der Angeklagte die Tat, gab aber zu, daß er Gift bei sich geführt und allerlei Redensarten über Gift gemacht habe. Die Randbinder hatte zwar Arsenik von ihm bekommen, sei aber von der Wirkung dieses Giftes nicht belehrt worden. Vermutlich habe sie davon ge-essen und sei daran gestorben. — Die Zeugen bekundeten, daß Scholl ihnen gegenüber oft von Arsenikvergiftungen ge-sprochen habe; sie hätten alle einen Selbstmord be-glaubigt, der die Randbinder für angehängt. Die Sachverständigen stellten übereinstimmend bei der Randbinder Arsenikvergiftung durch fremde Hand fest. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage auf schlüssiger Lösung. Scholl wurde des-auf wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jah-ren Gefängnis verurteilt. Er nahm die Strafe an.

Sport.

Oberleutnant d. R. Albrecht v. Hanseman ist in Wien an den Folgen einer schon im Jahre 1915 erlittenen schwe-ren Verwundung im Alter von 30 Jahren gestorben. Schon als erster Gardelieutenant hatte Herr v. Hanseman einen größeren Hindernisrennhanf angelegt, dessen In-sassen teils von Trainer Schmidt in Doppelgängen, teils ge-meinsam mit den Pferden seines Regimentskameraden Graf Weichsel-Hue gearbeitet und meistens von letzteren geritten wurden. Mit Pferden wie „Alpenrose“, „Wolfs-mann“, „Courvoisier Napoleon“, „Coiffeur“ und „Monsi-goon“ konnte er schöne Erfolge erzielen. Auf seinem Gut Pempowo in Polen unterhielt Herr v. Hanseman auch eine kleine Vollblutbahn.

Das österreichische Derby wird am 14. Juni, also vier-zehn Tage vor dem deutschen Derby, gelaufen werden.

Der Schweizerische Rennfahrer Goussak ist in Paris an Lungentuberkulose gestorben. Goussak hatte früher häufig auch auf Berliner Rennbahnen. 1905 ge-wann er die Hegermeisterschaft für Frankreich. Später stellte er als Dauerfahrer im Jahre 1902 mit 3 Stunden 30 Minuten 4 Sekunden einen neuen Rekord für 200 Kilo-meter hinter Motorführung auf.

Handel und Industrie.

Berliner Börsenbericht vom 18. Jan. Der freie Effektenverkehr verhielt sich sehr abwartend. Die Unter-nahmungskasse ist zur Zeit fast völlig erloschen. Am Geldmarkt bedrang täglich Geld 4 Proz. und darunter. Der Privat-distinkt stellte sich auf 4 1/2 Proz. und darunter. Am Devisenmarkt kann der Bedarf jetzt auf befriedigt werden, dank dem kürzlichen Vorhandensein von größeren Dollar-beträgen.

Berliner Produktenmarkt vom 18. Jan. Am Früh-markt im Warenhandel erzielte Preise: Runkelrüben 2.00 Mark, Ferkelbraten 4.50 Mark, Heidekraut 2.10 Mark, Runkel-rübenlamm 85 Mark, Serradella 44-48 Mark, Wiesenheu 5 bis 10 Mark, Timotheeheu 9.50-10.75 Mark. Die stärkeren Schneefälle der letzten Tage sind, wie vom Lande übereinstimmend gemeldet wird, für unsere Winterkulturen bedauerlich. Andererseits vermehren sich jedoch erheblich die Mängel der Zufuhren. Aus diesem Grunde blieb es im heutigen Produktenverkehr sehr still. In Industriezweigen und Ge-lamen einige wenige Umsätze zustande. Von den Alco-holen gingen einige Partien zu anziehenden Preisen nach Oesterreich-Ungarn.

Frankfurter Börsenbericht vom 18. Januar. Der Ver-kehr war ruhig. Am meisten gehandelt wurden Montan-papiere, von denen Friedrichshütte, Phoenix und Caro be-festigt waren; dagegen gaben Oberbedarf noch. Münz-papiere zeigten vereinzelt kleine Besserungen. Gebeizte waren aus Munkelb, Fruch Bagaon und Wadische Bräuer, während Steana Romona sich abschwächten. Bank-aktien blieben nahezu voll behauptet. Schiffahrtswerte, Elektro- und chemische Werte zeigten keine er-wähnenswerten Besserungen. Lederaktien blieben an Preis. Die einheitlichen Staatsfonds blieben fest. Privatdistinkt 4 1/2 Prozent.

Berlin, 18. Jan. Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen, Mr

	17. Jan. 1917	18. Jan. 1917
	Gold	Devisen
New-York	550	550
Holland	230	230
Osaka	163	163
Schweden	171	171
Norwegen	168	168
Schweden	117	117
Oesterreich-Ungarn	639	640
Bulgarien	79	80

Die neue deutsche „Wölfe“.

Haag, 18. Jan. (T.-L.-Tel.)

In Amsterdamer Schiffahrtskreisen verlautet, daß von der neuen deutschen Wölfe etwa 70-75 000 Tonnen Gaderum bisher verkauft worden sind. Der Wert der verkauften Schiffe mit ihren Ladungen wird auf etwa 80 000 000 Mark geschätzt.

Amsterdam, 19. Jan. (Wolff-Tel.)

Aus dem Wortlaut der bereits gemeldeten Bekanntmachung der englischen Admiralität über die Verletzung von Handelschiffen geht hervor, daß es sich um das Werk eines deutschen Kaperchiffes handelt. Bei den als „Reiterby“ und „Holl“ gemeldeten Dampfern dürfte es sich um einen, und zwar richtig „Reiterby“, handeln. Anstelle von „Georgie“ ist vermutlich „Georgie“ (Witte Star Pine), ein Dampfer von 10 077 Br.-R.-T., zu lesen, und anstelle von „Amièrès“ vielleicht „Amièrès“, ein Segelschiff von 3103 Tonnen.

Spurlos verschwunden.

Genf, 19. Jan. (Eig. Tel. ab.)

Aus Paris wird berichtet: Unter den in Vennam- und co gefandenen Mannschaften der 10 verlorenen Schiffe befinden sich auch Franzosen, doch sind deren Schiffe und Namen unbekannt. Von 4 vermischten, als Hilfstruppen verwendeten französischen Schiffen gelten 3 als vermisst, eines als in Feindesbesitz geraten. Der sogenannte „Deutsche Korzar“, der diese in Paris mit Anarum aufgenommene Tat vollbrachte, ist spurlos verschwunden.

London, 19. Jan. (Wolff-Tel.)

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Artikel über das deutsche Kaperchiff in dem Atlantischen Ozean, daß die Kriegsschiffe, die nötig seien, um auf dieses Schiff Jagd zu machen, anderer Art sein müßten, als die, die zur Bekämpfung von U-Booten benutzt werden, sobald die Operationen gegen die Kaperchiffe durch den Krieg gegen die U-Boote nicht behindert würden.

Der Krieg zur See.

London, 19. Jan. (Wolff-Tel.)

London meldet: Der englische Dampfer „Maiter“ ist nach einem Zusammenstoß gesunken. 4 Personen sind umgekommen.

London meldet, daß der britische Dampfer „Michele“ (1916 Br.-Reg.-Zoo.), der dänische Dampfer „Dunst“ (1574 Br.-Reg.-Zoo.) und der britische Segler „Simur“ (1944 Br.-Reg.-Zoo.) versenkt wurden.

London, 19. Jan. (Wolff-Tel.)

London meldet: Der norwegische Dampfer „City of Tampico“ wurde versenkt. Es bestätigt sich, daß der Dampfer „Hansi“ aus Bergen am 7. Januar versenkt wurde. Die Besatzung ist gerettet.

Kristiania, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Das Stahlschiff „Prabanti“ aus Kristiania ist vor Flambourghed am Montag nachmittag auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die Besatzung wurde gerettet, ausgenommen drei Frauen.

London, 18. Jan. (T.-L.-Tel.)

London meldet, daß die Mannschaft des norwegischen Dampfers „Veslefjord“, von der kürzlich gemeldet wurde, daß sie umgekommen sei, gerettet ist. Der Dampfer „Ohrdam“ mit der Mannschaft des norwegischen Dampfers „Solvang“ (2970 Tonnen), der am 13. Jan. versenkt wurde, in London an. — Der Dampfer „Dito“, wahrscheinlich ein norwegisches Fahrzeug, ist ebenfalls versenkt worden.

Preussischer Landtag.

w. Berlin, 18. Januar.

Am Regierungstisch v. Breitenbach, Genie. Präsident Graf von Schwerin eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Staatshaushaltsplanes

für das Rechnungsjahr 1917 in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzesentwurfs über weitere

Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsangelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Abg. v. Heidebrand (Lnf.): Es ist erfreulich, daß die Etats von 1915 und 1916 glänzende Ergebnisse gezeitigt haben, jedoch es müßte gewesen sein, neben den notwendigen Ausgaben auch Kulturzusagen zu berücksichtigen. Besonders begrüße ich es, daß erhebliche Aufwendungen zur Verbesserung der Besoldung unserer Beamten gemacht werden konnten. Der Eisenbahnerverband können wir unsere volle Anerkennung zollen. Der Etat zeigt, daß unter ganzem Staats- und Finanzwesen auf einer gesunden Grundlage aufgebaut ist. Die Regierung möge bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß Schritte getan werden, daß die Lage unserer Kriegsgesangenen in Ausland und Frankreich eine bessere wird. Im Lande herrsche vielfach Unzufriedenheit über die Ernährungsverhältnisse. Deshalb möge die Landwirtschaft noch mehr zu leisten bestrebt sein, als bisher, und um Seiten der Allgemeinheit zu weiteren Opfern bereit sein. Auch die Stadtköcherung möge zur Eintracht und zum Frieden gegenüber der Landbevölkerung beitragen, damit die Hoffnung unserer Feinde auf innere Zwietracht in unserm Lande zu schanden wird. (Bravo!) Unsere Ernährungsverhältnisse müssen so gestaltet werden, daß ein jeder etwas hat, und daß wir durchkommen. Unsere militärische Lage ist glänzend; ich erinnere nur an die glänzenden Siege in Rumänien und an unsern Seesieg am Skagerrak. Trotzdem müssen noch gewaltige Kräfteanstrengungen gemacht werden. Mit Freude haben wir begrüßt die Aufrufe des Kaisers an das Heer und das Volk. Das Volk wird es billigen, wenn diejenigen Kampfmittel angewandt werden, die uns den Sieg verhüten, wenn von dem unzulässigen Unterseebootkrieg Gebrauch gemacht wird! (Abg. Hoffmann (Lnf.) ruft: „Glorie dem Kaiser!“ — Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf von Schwerin: Ich bitte, den Redner nicht zu stören! (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Aufre rechts: „Unverschämtheit!“ Der Ton, den der Abg. Hoffmann anstößt, entspricht nicht den Gewohnheiten

des Hauses und nicht der Lage, in der wir uns befinden. (Sehr wahr!) rechts.)

Abg. v. Heidebrand fortsetzend: Wir wollen mit allen Mitteln bestrebt sein, zu siegen, und nach dem Krieg werden wir verlangen, daß unser Volkleben so wieder hergestellt wird, wie es vor dem Kriege gewesen ist. Wir werden unser Ziel erreichen, wenn wir alle unsere Pflicht tun! (Beifall der Rechten.)

Nach Ausführungen der Abg. Herold (Lnf. und von Raderhoff (Lnf.)) ruft

Präsident Graf von Schwerin nachträglich den Abg. v. Pappenheim wegen eines gegen den Abg. Hoffmann gemachten Zurecht zur Ordnung, und ebenso den Abg. Hoffmann wegen seines Zurechts. Der Präsident fährt dann fort: Ich gebe dem Abg. Hoffmann anheim, ob er nicht dem ungeheuren Ernst der Stunde Rechnung tragen möge und Äußerungen unterlassen will, die im Ausland den ganz falschen Eindruck erwecken, als ob unser Volk in irgendeiner Beziehung uneinig wäre! (Beifall.)

Minister von Breitenbach:

Die Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Feinde hat auch in diesem Haus nur das Gefühl ausgelöst: Kampf für unser geliebtes Vaterland bis zum äußersten! (Bravo!) Wir kämpfen in diesem Kriege besonders auch gegen die Lüge und den Betrug unserer Feinde. (Zustimmung.) Umso leuchtender heben sich davon die Taten unserer Armee und Flotte ab. Wir bringen unser Haupt vor solchem Heldentum und solchem Opfermut. (Bravo!) Unser hochherziges Friedensangebot ist trivial zurückgewiesen worden. Es ist die

Verstärkung des Unterseebootkrieges

verlangt worden. Die Verantwortung in solchen Fragen liegt bei dem Reichsfiskus. Im vaterländischen Interesse wäre es wünschenswert, wenn von den Volksvertretern des führenden Bundesstaates die Politik des Reiches nach Möglichkeit unterstützt würde. In unserer inneren Geschlossenheit liegt ein außerordentlicher Nachschub. Wer gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stellung nimmt und sein Ansehen nach außen zu erschüttern trachtet, der übernimmt vor dem Volk und vor der Geschichte eine außerordentlich schwere Verantwortung.

Was die Arbeiten der Staatsbehörden betrifft, so ist es den Eisenbahnen während des Krieges gelungen, allen Anforderungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet voll zu entsprechen. Wenn wir uns jetzt in dem furchtbaren aller Kriege, die auf die Zeit nach dem Krieg streben, so setzen wir darin nicht ein Zeichen der Unruhe, sondern den Ausdruck des Vertrauens für den glücklichen Ausgang des Krieges.

Die Regierung und die Volksvertretung sind sich darin einig, daß die nachgehenden Ereignisse dieses Weltkrieges an der Gestaltung unseres Staatswesens nicht spurlos vorübergehen werden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß unsere gesamten staatlichen Einrichtungen einer grundsätzlichen Änderung bedürfen. Der Aufbau unseres Staatswesens ist so fest, daß an grundsätzliche Veränderungen nicht zu denken ist. Erhalten wir, was uns so hoch gehoben hat, und bauen wir auf, was andernfalls bedürftig ist! Wenn Landtag und Regierung in diesem Sinne an eine Reform der Gesetzgebung und der Verwaltung herangehen werden, wenn

volle Gleichberechtigung gewährt wird für alle politischen Mitarbeiter an dem großen Friedenswerk.

dann werden die furchtbaren Folgen des Weltkrieges gemildert werden. Wir erwarten die äußerste Pflanzung von jedem, um unsere Armeen und dem Vaterland zum endgültigen Sieg zu verhelfen, den wir alle aufrichtig erhoffen und erwarten. (Beifall der Rechten.)

Abg. Friedberg (nat.): Vor allem sollte mit dem Prinzip gebrochen werden, daß Steuern auf Vorrat bewilligt werden. Was die Verwaltungsreform anbelangt, so sollte vor allem die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht eingeschränkt werden. Wir können es auch nicht billigen, daß unsere höheren Beamten aus einer besonderen Schicht ausgelesen werden. Hier muß das Wort gelten: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Wir erwarten die baldige Lösung der Disziplinenfrage. Indessen haben alle diese Fragen zurückzutreten vor dem einen Ziel: Durchhalten und den Krieg zu gewinnen! (Beifall.)

Abg. Fackelde (fortsch. Sp.): Nach der Ablehnung des Friedensangebots ist die Schuld an der Fortführung des Krieges allein unseren Feinden zuzurechnen. Die Antwort der Entente ist überhand die türkische diplomatische Note, die niemals beantwortet worden ist. Unter Friedensziel kann nur die Sühne und die Wiederherstellung der Verletzung des Völkerrechts, der Verbesserung Ökonomie und eine Bürgschaft gegen eine Wiederkehr eines solchen Krieges sein. Was die Renormierung im Innern betrifft, so fordern wir, daß das Wahlrecht so gestaltet wird, daß die parlamentarische Mehrheit den Willen des Volkes widerspiegelt und daß nicht ganze Kreise der Bevölkerung in ihren Vertretungsmöglichkeiten beschränkt bleiben.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung Anträge.

Mundschau.

Staatssekretär Zimmermann fährt nach Wien.

Am 20. Januar trifft der deutsche Staatssekretär Zimmermann in Wien ein, um sich in seiner neuen Eigenschaft Sr. Majestät vorzustellen und dem Minister des Äußern Grafen Czernin einen Besuch abzustatten.

Der österreichisch-ungarische Ausverkauf.

Die „Wiener Fremdenblatt“ erfährt, werden die in Budapest abgeführten Verhandlungen über den Ausverkauf mit Ungarn demnächst fortgesetzt. Nachdem einige der schwebenden Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden können, läßt sich erhoffen, daß über die noch offenen Punkte in absehbarer Zeit eine Einigung erzielt werden könnte.

Mitteilungen aus aller Welt.

Die Bierkrise in Sicht. Aus München wird berichtet, daß dort seit einigen Tagen eine solche Bitterkeit

herrscht, daß die meisten Wirtschaften schon um 8 Uhr abends, spätestens aber um 8 1/2 Uhr, trotz beschränkter Ausverkaufzeiten, kein Bier mehr haben. Dieser Mangel hat, wie man aus den in Frage kommenden Gastwirtschaften und Brauereikreisen erfährt, darin seinen Grund, daß die Mengendeckelung von 35 Prozent der Friedensherstellung zum 1. Oktober rückwirkend in Kraft getreten ist, sodas die Brauereien das in den Monaten Oktober, November und Dezember über das Maß hinausgegebene Bier jetzt einsparen müssen. Gaudenz und Hummer, die nur da sind, dem lieben Herrgott die Zeit zu stehen, stellen sich nun an Beginn der Ausverkaufzeiten in den Wirtschaften ein und trinken den anderen das Bier weg, sodas die Angekellerten, wenn sie aus den Bureaus und Geschäften kommen, kein Bier mehr finden. Es steht daher für München, vielleicht auch für ganz Bayern, in der nächsten Zeit eine weitere Regelung des Bierbezugs bevor, deren einschneidende Maßnahme die Einführung der Bierkarte sein wird.

Ist das möglich? So fragt unglaublich und zweifelnd der „Türmer“ bei der Wiedergabe des folgenden Berichtes: Auf einer Sitzung des Kreistages in Opperl in der Sitzung des Landrat Ende das Wort zu einem beweglichen Anruf an die Kreisabgeordneten, sie möchten auf eine bessere Befolgung der behördlichen Verordnungen durch die ländliche Bevölkerung hinwirken. Landrat Ende erklärte, daß bei der Kartoffelbestandsaufnahme so viele unwahre Angaben gemacht worden seien, daß er, der Landrat sich genötigt gesehen habe, durch die Gendarmen nachzugehen. Weiter führte der Landrat aus: Von Beamten des Kriegsernährungsamts sei auf einer Reise durch den Kreis festgestellt worden, daß auf dem Lande in geradezu unverantwortlicher Weise Milch und Butter verbraucht wird, nur damit der Städter nichts bekomme. Es sei ein absolutes Unbild, wenn bei einem Milchviehbestand von 44 000 im Kreise nur 4 1/2 Zentner Butter in der Woche abgeliefert werden. Eine ganz scharfe Verordnung betreffend die Ablieferung der Butter werde schon in den nächsten Tagen erlassen werden.

Eine Familientragödie. Aus Dessau wird gemeldet: In dem benachbarten Dorf Mostedt ließ der in Dessau in Arbeit stehende Jankowiat seinen ältesten Sohn, der seinen Eltern vielen Kummer bereitet hatte, in eine Rulle. Der Knabe konnte sich mit Hilfe von anderen Leuten retten, die ihn nach dem Krankenhaus brachten. Aus Furcht vor Strafe für dieses Verbrechen erhob nun Jankowiat seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von 5, 8 und 10 Jahren und vernagte sich selbst. Derbessende Nachbarn, die Schiffe vernommen hatten, schnitten Jankowiat ab, der noch lebte.

Letzte Drahtnachrichten.

Noch kräftigerer Widerstand!

Berlin, 19. Jan. (Eig. Tel. ab.)

Wenn der Kampf an der Somme von neuem beginne, erklärte laut „Volksanzeiger“ der Kronprinz von Bayern, dann werden die Engländer sehen, daß die Deutschen imstande sind, noch kräftigeren Widerstand zu leisten als vormals.

Ein Bündnis mit Deutschland.

Genf, 19. Jan. (Eig. Tel. ab.)

Die Athener Presse erklärt, die Entente habe durch die König Konstantin aufgezwungenen Maßregeln in Wirklichkeit auch ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten eröffnet.

„Rea Himer“ verlangt den Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland.

Anerkennung des französischen Schutzes in Marokko.

Genf, 19. Jan. (Eig. Tel. ab.)

„Petit Parisien“ veröffentlicht ein Kabeltelegramm, daß die Washingtoner Regierung beschloß, das französische Protektorat über Marokko anzuerkennen. Das französische Auswärtige Amt werde demnächst die diesbezügliche Notifizierung erhalten.

Wilson's Friedensbestrebungen.

Wien, 19. Jan. (Eig. Tel.)

Die „Kölnische Zeitung“ erhält einen Washingtoner Funkpruch vom 12. Januar, wonach Wilson die Verhandlungen nicht wieder einschlafen lassen will. Der Berichterstatter meint: Sollte es die Antwort des Verbandes für Deutschland schwierig machen, eine Antwort zu erteilen, so dürfte sie Wilson nicht nach Berlin weitergeben, sich jedoch bestreben, in einer eigenen Note eine andere Methode zu finden, um die Kriegführenden auszuforschen, wie sie sich zu einem Austausch ihrer Bedingungen stellen würden.

Große Bedeutung wird dem Besuche des Obersten House im Weißen Hause beigemessen, da diese Besuche gewöhnlich wichtigen diplomatischen Schritten vorangehen.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: E. C. Eilenberger, für den übrigen redaktionellen Teil: Hans Pöhlke. Für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: L. W. J. Wähler. Druck und Verlag der Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H.

Vorausichtige Bitterung für Samstag, 20. Januar.

Vorläufig keine Änderung.

Lesen und weitergeben!

Nach den glänzenden Erfolgen unseres ersten Kurses, über welchen ebenso wie über die früheren bisherigen Kurse bereits zahlreiche Anerkennungen von Teilnehmern, Ärzten und Schulleitern vorliegen, wird von dem unterzeichneten Institut ein

nochmaliger Kursus in Wiesbaden

abgehalten.

Jeder, der stotterfrei singt,

Stotterer

Erwachsene und Kinder, auch solche, welche mehrfach andere Kurse ohne Erfolg besucht, erhalten durch individuelle Behandlung ohne Apparat und ohne Hypnose, ohne unnatürliche Atem- und Sprechübungen eine fließende natürliche Sprache ohne jede Kunstlei und Methode. — Versäume daher kein Sprachheilender die günstige Gelegenheit, sich in der kurzen Zeit von wenigen Wochen an Ort und Stelle von seinem Sprachfehler gründlich befreien zu lassen.

Dr. phil. Schrader's Spezialinstitut für Stotterer etc. Wiesbaden, Wilhelmstrasse 58, II.

Anmeldungen werden nur noch in den

Sprechstunden am Samstag, 20.

3-8 Uhr, Sonntag, 21, 9-2 Uhr

und Montag, 22. Januar, 3-8 Uhr,

wo Auskunft ansprachehaltende persön-

lich unentgeltlich erteilt wird, entgegen-

genommen. — Kinder sind von den

Eltern vorzustellen.

Einzelbehandlung.

Gruppenkurse.

Keine Berufsausbildung.

Tages- und Abend-Kurse.

5988

